

Den Wahlsieg nicht als ewig währende Vorhersehung missverstehen

Menschenrechtsaktivistin Sanaiyya Fahem Ansari zur Lage nach der Wahl

Patrizia Heidegger

Im Dezember 2008 haben die Bürger von Bangladesch ein neues Parlament und damit auch eine neue Regierung gewählt. Das folgende Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Sanaiyya Fahem Ansari beschäftigt sich mit der Situation des Landes nach dieser Wahl. Ansari ist Rechtsanwältin aus Dhaka. Seit vielen Jahren arbeitet sie als Koordinatorin bei der Menschenrechtsorganisation *Ain o Salish Kendra* (ASK). Sie hat ein Frauenrechtsprojekt in Dörfern in zehn Distrikten des Landes aufgebaut, das inzwischen mehr als 4000 Menschenrechtsaktivisten auf der Graswurzelebene hervorgebracht hat. Im März und April war sie auf Einladung von *NETZ Bangladesch* Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit einige Wochen in Deutschland unterwegs, um Unterstützergruppen zu treffen, und von der Menschenrechtssituation in Bangladesch zu berichten.

Würden Sie, nachdem die Übergangsregierung zahlreiche Maßnahmen im Vorfeld der Wahlen ergriffen hat, um diese demokratischer zu gestalten, sagen, dass die Wahlen dieses Mal fair und frei gewesen sind? Gab es wie während der Wahl im Jahr 2001 Angriffe auf Minderheiten?

Die Wahlen waren fair und frei. Die Wahl fand am 29. Dezember in einer friedlichen Atmosphäre statt und die Wahlbeteiligung war enorm. Es gab keine Gewalt während dieser Wahlen. Vor allem gab es keine Angriffe auf Minderheiten wie noch im Jahr 2001. Trotzdem waren Angehörige der Minderheiten nicht gerade enthusiastisch bezüglich der Wahlen, weil sie unter Bedrohungen und damit eingehender Angst zu leiden hatten. Aus Dinajpur gab es die Nachricht, dass viele wahlberechtigte Hindus nicht nur Wahl gehen konnten.

Was waren die Erfolge der Übergangsregierung, wenn man auf die mehr als zwei Jahre ohne ein gewähltes Parlament und erheblichen Einfluss des Militärs zurückblickt? Gab es andererseits menschenrechtliche Probleme, welche ASK kritisiert hat?

Die Erfolge, welche die Menschen begrüßten, sind vor allem:

- die Reform des gesamten Wahlsystems und -prozesses.
- die Möglichkeit, bei der Wahl auch keine Stimme abzugeben.
- der Erlass der *Representation of the Peoples Ordinance* (RPO) 2008 (etwa: Gesetz über die Volksvertretung), welche vorsieht, dass sich politische Parteien registrieren müssen, einen Rechnungsbericht vorlegen müssen, und dass ihre Verfasstheit der Verfassung des Landes entspricht.
- die *National Women Development Policy* (nationale Grundsätze zur Entwicklung der Frauen)
- die Wiedereinsetzung der Landkommission der Chittagong Hill Tracts, welche die jahrelangen Landstreitigkeiten zwischen den indigenen Gruppen und den bengalischen Siedlern in der Gegend beilegen soll.
- die Trennung der Judikative von der Exekutive.
- die Einrichtung einer Nationalen Menschenrechtskommission.
- die Reform der Antikorruptionskommission.
- die Reform der Polizei.



Sanaiyya Fahem Ansari.

Patrizia Heidegger

Ain o Salish Kendra hat auf dem Gebiet der Menschenrechte folgende Empfehlungen abgegeben:

1. Institutionelle Reformen:
 - alle Hindernisse beseitigen, welche die Unabhängigkeit der Justiz behindern.
 - die Menschenrechtskommission stärken.
 - Menschenrechtsberichte an die jeweiligen UN-Institutionen schicken.

- die effektive Umsetzung der existierenden Quotenregelungen im öffentlichen Dienst und die Umsetzung von fairen und nicht-diskriminierenden Einstellungspraktiken.
2. Das Recht auf Leben:
 - Gerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher von 1971.
 - Umbau der bewaffneten Polizeitruppen.
 - die Vorbehalten gegen internationale Verträge und Konventionen, die bisher ratifiziert worden sind, zurücknehmen.
 3. Das Recht auf Freiheit und auf Freiheit von Folter:
 - die Umsetzung der existierenden Richtlinien des High Courts bezüglich Verhaftungen ohne Haftbefehl.
 - die Sicherstellung von unparteiischen und angemessenen Untersuchungen beim Vorwurf von Folter.
 4. Das Recht auf Meinungsfreiheit:
 - alle Hindernisse beseitigen, welche gegen das Prinzip der Meinungsfreiheit verstoßen, das heißt vor allem das Gesetz über das Recht auf Information (*Right to information ordinance* 2008) zu überarbeiten.

Weitere menschenrechtliche Probleme betreffen die Rechte der indigenen Bevölkerung, die Rechte der Sprachminderheiten, die Rechte der Arbeiter und die Kinderrechte sowie die Rechte von Häftlingen.

Was sind die Herausforderungen für die neue Regierung? Welche Maßnahmen sollte sie ergreifen, vor allem für die Menschenrechte?

Wenn die neue Regierung nicht ihrem politischen Manifest folgt, werden die Leute Rechenschaft verlangen. Wenn sie sich nicht an die Empfehlungen, welche die Zivilgesellschaft zum Thema Menschenrechte abgegeben haben, halten, kann es gut sein,

dass die Regierung den Zorn der Leute und den Druck von der internationalen Gemeinschaft zu spüren bekommt. Außerdem können die fundamentalistischen Gruppen in verschiedener Form hier und da auftauchen, das heißt, die Regierung muss dieses Problem ernst nehmen. Sie sollten ihren Wahlsieg nicht als ewigwährende Vorhersehung missverstehen.

Glauben Sie, dass sich die Politik in Bangladesch nach dem Interregnum der Übergangsregierung verändert hat? Oder glauben Sie, dass alles beim Alten bleiben wird?

Ja, die Menschen sind sich ihrer Rechte bewusster geworden, sie wissen jetzt, wie man etwas auf die politische Agenda setzt und verlangen etwas von der Regierung. Sie sind jetzt politisch besser gebildet. Die Medien sind immer sehr informiert, deswegen sehe ich Veränderungen, ja eine neue Dimension, kommen. Aber die Menschen sollten auch mit der Regierung kooperieren, anstatt sie immer nur zu kritisieren.

Was die Frauenrechte betrifft, erwarten Sie hier unter der neuen Regierung Fortschritte?

Ja. 50 Prozent der Wähler waren Frauen. Vier Frauen kamen in die Regierung und führen jetzt wichtige Ministerien, unter anderem das Außenministerium. Die nationale Strategie zur Verbesserung der Situation der Frauen (*National Advancement Policy for Women*) wird in Kraft treten. Das Land wird Schattenberichte an das CEDAW-Komitee schicken, die schon begonnen worden sind. Die Zivilgesellschaft hat schon alternative Berichte über die Situation der Frauen entworfen, die sich auch beim CEDAW-Komitee einreichen wird.

Im Februar gab es einen Aufstand der Soldaten von den Bangladesh Rifles (BDR). 148 Offiziere und Zivilisten sollen tot sein oder vermisst werden. Was ist geschehen? Sind die Hintergründe der Gewalt nun klarer?

Die Leute fragen sich immer noch, was dort eigentlich geschehen ist. In den Zeitungen standen viele Vermu-



Sanaiyya neben Sultana Kamal.

tungen. Es kann schon sein, dass die Gründe des Aufstands und der Gewalt die Unterdrückung der jowans (Soldaten niederen Rangs) durch die hochrangigen Offiziere, die schlechte Bezahlung und die damit einhergehenden jahrelangen Missstände waren. Es könnte aber auch genauso gut ein Angriff durch militante oder fundamentalistische Gruppen gewesen sein, die Druck auf die neue Regierung ausüben wollten und sie so zum Rücktritt zwingen wollten. Es gibt noch viele Unklarheiten. Aber was auch immer die Hintergründe waren, was geschehen ist, war äußerst brutal. Die Ereignisse haben vor allem viele Frauen und Kinder traumatisiert. Frauen und Kinder haben physische und psychische Gewalt erlitten. Das ist ein großer Verlust für unser Land. Aus einer menschenrechtlichen Perspektive sollte es faire Gerichtsverhandlungen geben. Nicht alle jungen Soldaten waren beteiligt. Die Armee und die Regierung müssen die Untersuchungen diskutieren. Die Bevölkerung sollte dabei nicht im Dunkeln stehen gelassen werden.